

Kostenlose Beratung für barrierefreies Wohnen

Bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) können sich Mietende kostenlos beraten lassen, die ihre Wohnung barrierefrei umgestalten wollen – etwa im Alter, bei Erkrankung oder Behinderung. Bei der Wohnberatung arbeiten Sozialpädagoginnen und Innenarchitektinnen Hand in Hand. Wir sprachen mit den Beraterinnen Elke Emmerich und Karin Michels

Wer darf zu Ihnen kommen?

Michels: Bei uns können sich alle Menschen aus dem Rhein-Sieg-Kreis melden. Wir können alle Privatpersonen beraten, die ihr Zuhause barrierefrei gestalten oder anpassen möchten, auch vorbeugend.

Emmerich: ... oder vor einem Umzug. Wir prüfen, ob die neue Wohnung schon vor dem Einzug angepasst werden kann.

Michels: Die meisten kommen aber, weil sie ihren Wohnraum anders gestalten müssen, etwa bei Pflegebedürftigkeit. Da helfen wir auch Angehörigen.

Kann ich auch vorsorglich zu Ihnen kommen?

Michels: Wir freuen uns immer, wenn Menschen sich vorausschauend über Möglichkeiten erkundigen, behindern, bauliche Barrieren in Bestandsgebäuden abzubauen oder Bauten direkt barrierefrei zu planen.

Was sind typische Probleme?

Emmerich: Die Probleme finden sich nicht nur in der Wohnung, sondern im ganzen Wohnumfeld. Türschwellen werden zu Stolperfallen, das WC ist zu niedrig, Dusche und Badewanne aber zu hoch, Arbeitsplatte und Herd in der Küche ebenfalls, von Treppen, Balkonen und Ähnlichem gar nicht zu reden. Konkret brauchen viele Menschen Handläufe, Rampen und Sitz- oder Plattformlifte, breitere Türen, unterfahrbare Arbeitsplatten ...

Michels: ... und immer häufiger elektronische Hilfsmittel. Digitalisierung kann oft helfen.

Wie sieht die Beratung aus?

Michels: Nach einem ausführlichen Telefongespräch besuchen wir die Menschen in ihrer Wohnung, um die Situation zu analysieren. Anschließend erarbeiten wir Vorschläge für bauliche Anpassungen und Hilfsmittel sowie für

die Finanzierung der Maßnahme.

Emmerich: Wir schauen immer auf die Bedürfnisse der Ratsuchenden selbst, aber auch auf Erleichterungen für pflegende Angehörige.

Werden die Kosten für den Umbau übernommen?

Michels: Das hängt vom Einzelfall ab. Bei Pflegebedürftigen gewährt die Pflegekasse maximal 4.000 Euro Zuschuss für notwendige Maßnahmen. Wenn sich Pflegegrad oder Pflegesituation ändern, kann man jedoch weitere Anträge stellen. Es gibt auch verschiedene Förderprogramme und Darlehen, abhängig vom Einkommen und den konkreten Lebensumständen. Wir helfen bei der Auswahl – und unterstützen bei allen Fragen zum Antragsverfahren.

Müssen Vermietende den Umbau genehmigen?

Emmerich: Grundsätzlich kann der Mietende Anpassungen verlangen, sofern sie dem Vermietenden und anderen Mietenden zugemutet werden können. Es dürfen natürlich keine gesetzlichen Vorgaben dagegensprechen, etwa der Brandschutz.

Michels: Vermieterinnen und Vermieter können allerdings eine finanzielle „Sicherheit“ fordern, zum Beispiel für einen Rückbau. Das ist für viele Mieterinnen und Mieter ein riesiges Problem. Hier ist unsere Unterstützung besonders wichtig, denn viele scheuen das Gespräch. Wir begleiten diese Gespräche dann und finden meistens eine Lösung. Auch bei Wohnungsbaugesellschaften ist es für viele hilfreich, wenn wir unterstützen.

Tragen Vermieterinnen und Vermieter einen Teil der Kosten?

Michels: Leider seltener, als es unser Wunsch wäre. Wir haben aber den Eindruck, dass das Thema Barrierefreiheit

in den letzten Jahren mehr Beachtung findet und mehr Vermietende erkennen, dass darin ein Mehrwert für ihre Immobilie liegt. Manche finanzieren die Beteiligung an Umbaukosten über eine moderate Mieterhöhung.

Welche Herausforderungen gibt es in Ihrer Arbeit?

Michels: Es ist sehr schwer, gute Handwerksfirmen zu finden, die noch freie Kapazitäten haben. Das ist für die Ratsuchenden natürlich schwierig, wenn sie dringend auf die Anpassungen angewiesen sind ...

Emmerich: ... und weil die Kosten sehr gestiegen sind, die Zuschüsse aber nicht erhöht wurden. Das führt dazu, dass die Betroffenen oder andere Kostenträger mehr bezahlen müssen. Bei beiden Herausforderungen ist unsere Unterstützung besonders gefragt.

Vielen Dank! ■

Kontakt Daten für die Wohnberatung

Rhein-Sieg-Kreis

AWO Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg e.V., Wohnberatung
Tel.: 02241/86 68 57 20
www.awo-bnsu.de/wohnberatung
E-Mail: wohnberatung@awo-bnsu.de

Bonn

Stadt Bonn, Fachstelle Alter und Pflege, Wohnberatung
Tel.: 0228/77 64 -84 oder -62
<https://www.bonn.de/vv/produkte/Wohnberatung.php>
E-Mail: wohnberatung@bonn.de

Landkreis Ahrweiler

Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen
Tel.: 06131/28 48 71
www.barrierefrei-rlp.de
E-Mail: barrierefrei-wohnen@vz-rlp.de

Mieten – Topthema in der EU Deshalb wählen gehen!

Am 6. Juni 2024 gilt es: Ein neues Europaparlament wird gewählt. Gerade wenn es um das Thema Wohnen geht und man mitbestimmen möchte, ist es wichtig, zum Wahllokal zu gehen. Denn in Brüssel wird an wichtigen Stellschrauben gedreht, wird entschieden, wie Mieterinnen und Mieter in der EU geschützt und Projekte gegen die Wohnungskrise auf den Weg gebracht werden können.

Nur gut 60 Prozent nutzten 2019 in Deutschland die Chance, die Politik in der Europäischen Union mitzubestimmen. Heiße Themen wie der Wegfall „normaler“ Mietwohnungen durch Airbnb oder auch Miethäuser und Leerstand durch Spekulanten – all das spielt aber auch in der EU-Wohnungspolitik eine große Rolle. Deshalb lohnt es sich, am 6. Juni die Chance zu nutzen, sein

Kreuzchen für das Europaparlament zu machen.

Der Internationalen Mieterunion IUT, deren Leiterin des Verbindungsbüros zur EU, Barbara Steenberg, unsere stellvertretende Vorsitzende ist, haben sich 36 europäische Staaten angeschlossen. Die IUT hat in ihrer Erklärung von Delft „Prioritäten der Internationalen Mieterunion (IUT) für das nächste Europäische Parlament (2024–2029)“ vom 27. Oktober 2023 zehn Probleme der 150 Millionen Mieterinnen und Mieter in der EU aufgelistet.

Der Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr hat nun die sechs regionalen Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl gebeten, zehn Fragen zu beantworten. Es geht um üble Klauseln in Mietverträgen, Mindestquoten für sozialen und bezahlbaren Wohnraum oder

das Vorgehen gegen Kurzzeitvermietungen, die dringend benötigten Wohnraum vom Markt nehmen. Also nicht um „abgehobene EU-Politik“, sondern um handfeste Dinge, die in Brüssel mitbestimmt werden.

Wenn Sie wissen wollen, wie die Kandidatinnen und Kandidaten sich zur Erklärung von Delft geäußert haben, schauen Sie bitte hier: www.mieterbund-bonn.de/service/wahl-2024. Bis Redaktionsschluss hatten sich von den demokratischen Parteien Axel Voss (CDU) sowie Yasmin Zair und Ronie Makhoul (SPD) zurückgemeldet.

For our international members: The paper summarizing the IUT priorities is available in nine languages. <https://www.iut.nu/news-events/iut-priorities-for-the-european-parliament-2024-2029> ■

Unser Team Verwaltung wächst weiter

Seit dem ersten Quartal 2024 verstärken Sabine Hartwig und Mandy Schwartz das Team Verwaltung. Unsere „Neuzugänge“ werden von der erfahrenen Verwaltungskraft Stefanie Dücker in die überwiegend digitalen Abläufe eingearbeitet.

Sabine Hartwig ist als Rechtsanwaltsfachangestellte zwar „vom Fach“, hat aber noch nie so digital wie bei uns gearbeitet. Privat reist sie gerne, liest

viel und fährt täglich mit dem E-Bike ins Büro.

Mandy Schwartz ist Kauffrau für Büromanagement und gehört zur Generation, für die digital normal ist. Ehrenamtlich administriert sie ein Onlineportal und interessiert sich für ostasiatische Kunst. Sie wurde 2023 mit dem 1. Platz beim Gründerwettbewerb Rheinland-Pfalz für das Projekt „Bee-leaves“ ausgezeichnet. ■



Sabine Hartwig und Mandy Schwartz

Kooperation mit der Bonner Wohnungsaufsicht

Seit rund einem halben Jahr hat der Mieterbund seine Kooperation mit der Wohnungsaufsicht der Stadt Bonn verstärkt. Einmal im Quartal trifft sich der Verein mit der Leiterin des Amtes für Soziales und Wohnen, Anja Ramos, und ihren Mitarbeitenden aus dem Fachbereich, die vom Stadthaus aus über die Erfüllung von Mindestanforderungen, die Instandsetzung und die ordnungsge-

mäße Nutzung von Wohnraum oder Unterkünften wachen. Dabei tauschen sich die Beteiligten zum Beispiel über „Problemimmobilien“ in der Stadt aus.

Im vergangenen Dezember hat Sachgebietsleiter Dominic Andel den Rechtsberatenden des Mieterbunds Art und Inhalt der Arbeit vorgestellt. Gemeinsam wurde erörtert, in welchen Fällen eine Arbeit Hand in Hand im Interesse

der Mietenden sinnvoll ist. Auch die Bekämpfung der Leerstandsproblematik wurde dabei als ein zentrales Handlungsfeld benannt. Hier bieten sowohl die Stadt (leerstand@bonn.de) als auch der Mieterbund (leerstand@mieterbund-bonn.de) die Möglichkeit, leer stehende Immobilien zu melden, damit diese wieder zur Vermietung zur Verfügung gestellt werden. ■